

Bokelweg 43 * 27389 Fintel
Samtgemeinde Fintel
An den Samtgemeindebürgermeister
Berliner Straße 3

27389 Lauenbrück

Fraktion B90/DIE GRÜNEN

**Hans-Jürgen Schnellrieder
Monika Freitag**

Bokelweg 43
27389 Fintel
Tel.: +49 (4265) 93020
Mail.: hjs@mci-mngt.de
gruene@mci-mngt.de

02.01.18

Antrag auf „Pestizidfreie Kommune“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Lieber Tobias,

hiermit stellen wir den o.g. Antrag gemäß nachfolgendem Entwurf.

Uns ist nicht bekannt, dass die Samtgemeinde Fintel dies bereits für sich selbst anstrebt. Bekannt ist, dass die Samtgemeinde und Fintel im letzten Jahr bereits Geräte für die pestizidfreie Beseitigung von Grün auf öffentlichen Flächen getestet haben.

Bis heute wurde dies - unseres Wissens - nicht im Rat erörtert und es ist bis jetzt kein offizieller Beschluss mit entsprechenden Anweisungen ergangen. Dies würden wir gerne nachholen.

Wir bitten darum diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Umwelt-, Bau- und Planungsausschusssitzung zu setzen. Sollte die nächste Ratssitzung vor der Umwelt-, Bau- und Planungsausschusssitzung stattfinden, so bitten wir diesen Antrag in der Ratssitzung zu erörtern und zu entscheiden.

Fraktion B90 / DIE GRÜNEN



Hans-Jürgen Schnellrieder
Vorsitzender

Antrag auf „Pestizidfreie Kommune“

Beschlussvorlage

Der Gemeinderat der Samtgemeinde Fintel entscheidet in seiner Sitzung vom, dass die Gemeinde:

1. ab sofort auf allen kommunalen Flächen (Kulturland sowie Nichtkulturland) keine chemisch-synthetischen Pestizide (Pflanzenschutzmittel) einsetzt.
2. private Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, ebenfalls zu einem Pestizidverzicht verpflichtet.
3. bienen- und insektenfreundliche Blühflächen oder Projekte initiiert.
4. bei der Verpachtung kommunaler Flächen für eine landwirtschaftliche Nutzung ein Verbot des Einsatzes von Pestiziden im Pachtvertrag verankert.
5. private Firmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung zur pestizidfreien Bewirtschaftung auffordert.
6. Bürger*innen über die Bedeutung von Biodiversität in der Gemeinde informiert und gleichzeitig Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern wie Bienen und Wildbienen sowie giftfreie Maßnahmen beim Gärtnern aufzeigt.

Begründung

In Gemeinden werden Pestizide eingesetzt, um Wege in Parks, Sport- und Spielplätzen, Grünanlagen oder Straßenränder frei von unerwünschten Kräutern und Gräsern zu halten oder um gegen ungeliebte Insekten vorzugehen. Viele der Mittel stehen im Verdacht, Krebs zu erregen, die Fortpflanzung zu schädigen oder eine hormonelle Wirkung zu haben. Auf öffentlichen Flächen wie beispielsweise Sport- und Spielplätzen können die Wirkstoffe in direkten Kontakt mit den Bürger*innen kommen. Insbesondere für Kinder und Schwangere ist das eine Gefahr. Auch Haustiere wie Hunde und Katzen sind den Stoffen schutzlos ausgeliefert.

Für viele Tier- und Pflanzenarten im ländlichen Raum sind Pestizide ein Verhängnis. Denn nicht nur unerwünschte Wildkräuter sondern auch Insekten wie Honigbienen, Wildbienen, Schmetterlinge sowie Fledermäuse werden beseitigt. Entweder töten und schädigen Pestizide Insekten oder Wildkräuter direkt oder sie dezimieren ihren Lebensraum und ihre Nahrung. Von den fast 600 Wildbienen-Arten in Deutschland steht rund die Hälfte auf der Roten Liste. Dabei sind blütenbesuchende Insekten unentbehrlich für die

Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen. Sie erhalten die Pflanzenvielfalt und sichern landwirtschaftliche Erträge und damit unsere Ernährung. Laut Welternährungsorganisation sind weltweit rund zwei Drittel unserer Nahrungspflanzen auf Bestäuber angewiesen. In Städten und Gemeinden sichern Honigbienen, Wildbienen und Schmetterlinge den Kleingärtnern eine gute Obsternte und den Imkern reichlich Honig.

Weltweit und auch in Deutschland erleben wir einen zunehmenden Verlust der Artenvielfalt. Grund dafür ist vor allem die intensive Landwirtschaft. Dort dominieren meist Monokulturen, die intensiv mit Pestiziden gespritzt werden. Hecken oder Blühflächen, als Rückzugsgebiete und Nahrung für viele Insekten, Vögel und Säugetiere fehlen oft komplett.

Über 40.000 Tonnen Pestizide belasten jährlich in Deutschland die Umwelt, Tendenz steigend. Das Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie, den Verlust von Arten zu stoppen, kann mit dem aktuellen Pestizideinsatz nicht erreicht werden.

Siedlungsgebiete sind oft letzte Rückzugsorte für bedrohte Arten, die in der Agrarlandschaft keinen Lebensraum mehr finden. Kommunen können hier Verantwortung und eine Vorreiterrolle für den Artenschutz übernehmen, indem sie bei der Flächenpflege keine Pestizide einsetzen.

Auch für die menschliche Gesundheit, die Lebensqualität und den Tourismus ist der Pestizidverzicht ein Gewinn. Bundesweit über 50 Städte sind bereits ganz oder teilweise pestizidfrei, einige von ihnen sogar schon seit über 20 Jahren. Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig. So werden Flächen mit mehrjährigen Stauden bepflanzt, die Insekten ein ganzjähriges Blütenangebot und damit Nahrung und Lebensraum schaffen. Frühzeitiges Reinigen von Verkehrsflächen und planerische Weitsicht bei der Bebauung sind wichtige Elemente, um einen zu starken Bewuchs zu verhindern. Alternativen zur Chemiekeule sind vielfältige mechanische und thermische Verfahren. Besonders wichtig ist dabei immer die Kommunikation mit den Bürger*innen, um die notwendige Akzeptanz zu schaffen.

Gemeinden, die in Deutschland bereits pestizidfrei sind

Zweibrücken, Wolfsburg, Wolfratshausen, Witten an der Ruhr, Wiesloch, Werra-Meißner-Kreis, Weißenhorn, Weilrod, Waltrop, Vaterstetten, Tutzing, Tübingen, Trier, Stuttgart, Starnberg, Singen, Schmöln, Schleswig, Schenefeld, **Samtgemeinde Artland**, Salzgitter, Saarbrücken, Rostock, Regensburg, Preetz, Pöcking, Pforzheim, Osnabrück, Oer-Erkenschwick, Nürnberg, Nortorf, Norderstedt, Neustadt an der Weinstraße, Neustadt, Münster, Mörfelden-Walldorf, Merzig, Marl, Mainz, Magdeburg, Ludwigshafen, Lübeck, Lotte, Leverkusen, Leipzig, Leinfelden-Echterdingen, Leimen, Landkreis Passau, Landkreis Miltenberg, Landkreis Miesbach, Ladbergen, Krefeld, Konstanz, Kirchhain, Kehl, Karlsruhe,

Iserlohn, Homburg, Hessisch Lichtenau, Heidelberg, Haßfurt, Hannover, Hameln, Hamburg, Haltern am See, Halstenbek, Halle, Güby, Gräfenberg, Göttingen, Gemeinde Timmendorfer Strand, Gemeinde Sievershütten, Gemeinde Ruhwinkel, Gemeinde Rodenäs, Gemeinde Ratekau, Gemeinde Hatten, Gemeinde Großhansdorf, Friedrichshafen, Freiburg, Frankfurt, Esens, Erlangen, Erfurt, Eckernförde, Ebersberg, Düsseldorf, Dresden, Dortmund, Dorsten, Dachau, Chemnitz, Celle, Castrop-Rauxel, Burgkirchen/Alz, Bruckmühl, Bremerhaven, Bremen, Bottrop, Bonn, Bielefeld, Bernau, Berlin - Tempelhof, Berlin - Spandau, Berlin - Reinickendorf, Berlin, Balve, Bad Schwartau, Bad Aibling, Altkreis Bersenbrück

Mitgeltende Unterlagen

keine